

Bekleidungstipps

Tadschikistan hat eine neue Kleiderempfehlung für Frauen herausgegeben. Ihnen werde empfohlen, keine schwarze, muslimisch geprägte Kleidung zu tragen, zugleich werde aber auch von „halb nackter europäischer Kleidung“ und Synthetik abgeraten. Namentlich unerwünscht sind eng anliegende Hosen, Tops, Mini-Röcke, Nachthemden und dünne Kleider sowie Flip-Flops.

Bidens Füllhorn

US-Präsident Joe Biden will so viel Geld wie noch nie für das Militär ausgeben. Sein Haushaltsplan sieht umgerechnet 826 Milliarden Euro vor. Davon sollen 785 Mrd. ans Verteidigungsministerium gehen, 40 Mrd. Euro an Projekte etwa bei der Ermittlungsbehörde FBI. 2022 hatten die USA 800 Mrd. Euro für die Landesverteidigung ausgegeben.



Gastkommentar

VON CHRISTOPH
LEITL

Wo steht Europa?

Der deutsche Bundeskanzler Olaf Scholz trifft den amerikanischen Präsidenten Joe Biden. Natürlich geht es dabei um die weitere Vorgangsweise im russischen Krieg gegen die Ukraine, aber auch um protektionistische Maßnahmen der USA, die europäische Hersteller zwingen, in den USA zu investieren. Die USA, früher Bannerträger des freien Welthandels, wollen heute europäischen Unternehmungen den Zugang zum amerikanischen Markt nicht erleichtern, sondern erschwe-

ren. Eine transatlantische Partnerschaft hätte ich mir anders vorgestellt. Etwas anderes, noch viel Schwerwiegeres, zeichnet sich jedoch am Horizont ab. Der Kampf der USA, die ihre Hegemonie gegenüber dem aufstrebenden China bewahren wollen und umgekehrt China, das diese Hegemonie nicht anerkennen, sondern selbst Hegemon werden will. Da stoßen zwei tektoni-

„Da stoßen tektonische Platten zusammen, die ein gewaltiges Erdbeben auslösen könnten.“

sche Platten zusammen, die in der Folge ein gewaltiges Erdbeben auslösen könnten. Der Anlassfall kann und wird Taiwan sein, ein Megakonflikt, der massive politische und wirtschaftliche Verwerfungen mit sich bringt.

China Staatschef Xi Jinping hat eine „Unterdrückung“ seines Landes durch die USA angepran-

gert. Die westlichen Länder unter US-Führung hätten China rundum abgeschottet, eingekreist und unterdrückt, sagte Xi. China müsse den Mut haben zu kämpfen, fügte er hinzu. Chinas Außenminister Qin Gang warnte die Vereinigten Staaten gar vor einer Konfrontation mit „katastrophalen Folgen“. Die USA werden die Einigkeit mit Europa im Ukraine-Krieg zum Anlass nehmen, eine solche Ei-

nigkeit auch gegenüber China zu fordern. Welche Auswirkungen das hätte, ist nicht einmal ansatzweise abschätzbar. Eines ist jedoch klar: Die wirtschaftliche Intensität zwischen Europa und China ist wesentlich höher als die zwischen den USA und China, die Europäer wären von den wirtschaftlichen Folgen also stärker betroffen. Nicht nur das,

Sanftere Töne aus Peking

Volksrepublik China will verstärkt mit den USA zusammenarbeiten

Angesichts wachsender Spannungen mit den USA und dem Westen will China mehr Eigenständigkeit zeigen. Auch solle das Militär zu einer „Großen Mauer aus Stahl“ ausgebaut werden, sagte Präsident Xi Jinping zum Abschluss der Jahrestagung des Volkskongresses in Peking. Nach der Beendigung der Null-Covid-Politik mit Lockdowns und Zwangsquarantäne im Dezember soll die zweitgrößte Volkswirtschaft auch wieder um „rund fünf Prozent“ wachsen. In den unsicheren Zeiten rief Xi dazu auf, Stabilität zu wahren. „Sicherheit ist das Fundament für Entwicklung, und Stabilität ist die Vorbedingung für Wohlstand“, sagte der Präsident.

Das werde aber nicht einfach, erklärte der neue Regierungschef Li Qiang. Zusätzliche Anstrengungen seien notwendig. „Das Wirtschaftswachstum zu stabilisieren, ist eine herausfordernde Aufgabe, nicht nur für China, sondern für alle Länder in der Welt.“ Mit Blick auf die angespannten Beziehungen zu den USA schlug der neue Ministerpräsident versöhnliche Töne an und plädierte für einen Ausbau der Zusammenarbeit. Die beiden größten Volkswirtschaften seien eng miteinander verbunden, wovon beide profitierten. „China und die USA können und müssen kooperieren.“ Zurückhaltung mahnte auch Xi im Konflikt um Taiwan an. Er rief in seiner Rede zu einer



Chinas Premier Li Qiang am Volkskongress Foto: AFP/Baker

„Wiedervereinigung“ auf. Die Beziehungen sollten „friedlich“ entwickelt werden. „Einmischung von außen“ müssten aber entschieden abgelehnt werden.

Europa käme angesichts der Verknüpfung mit China in wichtigen wirtschaftlichen Bereichen in eine ökonomische und damit auch soziale und politische Existenzkrise. Klugheit und Weitsicht sind jetzt gefragt, um nicht in den nächsten Konflikt, der Wohlstand und soziale Sicherheit in Europa ernsthaft bedrohen würde, zu taumeln. Die Lösung dafür könnte nur eine multipolare Welt sein, die nicht nur zwischen USA und China, sondern auch mit anderen aufstrebenden Ländern, wie z.B. Indien, definiert wird. Europa könnte dabei ein guter Vermittler sein, Kooperationen mit allen anderen Teilen der Welt anstreben und damit nicht nur seinen Wohlstand erhalten, sondern auch seine Werte glaubwürdig leben.

Der Autor: Christoph Leitl ist Präsident der Europäischen Bewegung Österreich